

Abschlussklärung zur Konferenz „Umweltverträgliches Fracking?“ am 24./25. Juni 2013 in Hannover (Hannover-Erklärung)

Die drei geo- und umweltwissenschaftlichen Institutionen BGR, GFZ und UFZ diskutierten mit nationalen und internationalen Fachleuten auf einer zweitägigen Konferenz naturwissenschaftliche und technische Aspekte zum „umweltverträglichen Fracking“ bei der Schiefergasgewinnung. Pläne, die Fracking-Technologie zur Gewinnung von Schiefergas anzuwenden, werden in Deutschland – insbesondere aufgrund von Berichten aus den USA – mit großer Skepsis verfolgt. Anliegen der Konferenz war es, die Ergebnisse bereits vorliegender Studien zu erörtern und in einem sachlichen öffentlichen Dialog den Wissensstand über Chancen und Risiken des Frackings für alle Beteiligten nachvollziehbar zu machen.

Aus der Veranstaltung leiten wir die folgenden wesentlichen Schlussfolgerungen ab:

1. Erdgas ist für Deutschland ein unverzichtbarer Rohstoff. Die Gewinnung von Schiefergas kann zur Stabilisierung der abnehmenden einheimischen Erdgasförderung beitragen und damit einen wichtigen Beitrag zur Rohstoffversorgungssicherheit leisten.
2. Die Anwendung der Fracking-Technologie zur Schiefergasgewinnung in Deutschland erfordert umweltverträgliche Verfahren (z. B. den Einsatz umweltverträglicher Frac-Fluide) und die Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsrahmens zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas. Dabei muss der Schutz des Trinkwassers oberste Priorität haben.
3. Ob Fracking zur Schiefergasgewinnung umweltverträglich durchgeführt werden kann, ist entsprechend der geologischen Standortbedingungen fallweise zu prüfen und durch geeignete Monitoring-Maßnahmen zu begleiten. Hierzu muss im Rahmen der jeweiligen bergrechtlichen Verfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden und die Beteiligung der Umweltverwaltung, insbesondere der Wasserbehörden, sichergestellt sein.
4. Der Einsatz und die Entwicklung der Technologie zur Schiefergasgewinnung in Deutschland erfordern ein transparentes und schrittweises Vorgehen. Deshalb sollten
 - erste Vorhaben als Demonstrationsprojekte durchgeführt und alle Beteiligten (Öffentlichkeit, Industrie, Wissenschaft und Umweltorganisationen) von Beginn an einbezogen werden;
 - Einzelmaßnahmen und -ergebnisse veröffentlicht und durch ein umfassendes wissenschaftliches Programm begleitet und bewertet werden;
 - Untersuchungen zur möglichen Beeinträchtigung des Grundwassers durch Fracking-Maßnahmen im Mittelpunkt stehen.